International

Syrien, die Salafisten und der arabische Frühling

Kommt es nicht zu einer breit abgestützten Verhandlungslösung, könnten Salafisten in Syrien die Macht übernehmen, befürchtet Habib Malik. Foto: Ashraf Amra (Landov, Keystone)

«Das salafistische Fieber ist die grösste Gefahr»

Der Historiker Habib Malik sagt, die syrische Opposition sei immer extremer geworden.

Mit Habib Malik sprachen Luciano Ferrari und Benedikt Rüttimann

Präsident Assad scheint nicht mehr unbesiegbar. Warum zögern die Christen in Syrien dennoch, sich dem Aufstand anzuschliessen?
Weil sie die Opposition kennen. Sie ist nicht die liberale, pluralistische Opposition, wie sie im Westen gerne dargestellt wird. Es hat solche Strömungen gegeben. Sie haben die Revolution ausgelöst. Doch inzwischen sind die liberalen Kräfte im Exil oder im Gefängnis oder zu Hause. Die ganze Bewegung ist auf eine schiefe Ebene geraten und immer extremer geworden. Bei sämtlichen Aktionen ist der Ruf «Allahu akbar» zu hören. Die sogenannte Freie Syrische Armee beteiligt sich an Entführungen und Enthauptungen von politischen Gegnern – die tun die gleichen Dinge, die al-Qaida tun würde. Wer garantiert den Christen in Syrien angesichts solchen Verhaltens, dass sie später nicht behelligt werden?

Also halten sie lieber zu einem Diktator wie Assad?
Wer ein Minimum an Moral besitzt, der freut sich am Anblick der stürzenden Diktatoren. Doch für die Christen und andere Minderheiten in der Region stellt sich die grosse Frage: Was kommt danach? Wer wird die gestürzten Regimes ersetzen? Das Unbekannte macht diesen Menschen verständlicherweise Angst. Nur weil sie sich kritisch über die Zukunft äussern, sind sie noch lange keine Anhänger von Diktatoren.

Sind die Christen nicht zu pessimistisch?
Sie haben das Gefühl, allein die Wahl zu haben zwischen schlecht und schlechter, dass sie vom Regen in die Traufe kommen. In den grossen Städten haben die Christen, aber auch die meisten sunnitischen Geschäftsleute Präsident Assads Regime schweigend unterstützt, weil sie den Status quo einer unbekannten Zukunft vorziehen.

Sollte der Westen eingreifen?
Einer internationalen militärischen Intervention werden Russland und China nicht zustimmen. Ein einseitiges westliches Eingreifen halte ich für gefährlich. Das dürfte den Konflikt nicht lösen. Die USA sollten aber Saudiarabien und Katar endlich unter Druck setzen, damit sie aufhören, den sunnitischen Extremismus zu befeuern. Die Ausbreitung dieses salafistischen Fiebers halte ich für die grösste Gefahr im Nahen Osten.

Ist eine friedliche Lösung in Syrien noch möglich?
Ich hoffe noch immer, dass ein Krieg vermieden werden kann. Die Grossmächte scheinen weiterhin willens, sich an einen Tisch zu setzen und eine Lösung auszuhandeln. Denn sonst droht das totale Chaos oder die Machtübernahme durch die Salafisten.

Könnte eine Kontaktgruppe den Durchbruch bringen?
Ich bin für eine breit abgestützte Lösung. Nachdem im November ein neuer amerikanischer Präsident gewählt sein wird, besteht Raum für einen grossen Deal zwischen den USA und Russland – und zwar über beides: Syrien und Iran.

Sie würden auch mit dem Iran verhandeln?
Ich hoffe, dass auch der Iran in einen Kompromiss einbezogen wird. Man könnte dem Iran erlauben, atomare Schwellenmacht zu werden, vorausgesetzt diese Entwicklung geschieht unter der rigiden Kontrolle der internationalen Atomenergiebehörde. Dafür müsste Teheran künftig auf seine verbalen Angriffe gegen Israel verzichten und aufhören, den Holocaust zu leugnen. Der Iran könnte eine stabilisierende Rolle im Nahen Osten einnehmen und ein Gegengewicht zum saudischen Extremismus in der Golfregion bilden.

Wäre der arabische Frühling damit nicht vorbei?
Wenn ich höflich sein wollte, würde ich sagen: Es gab einen Frühling, doch plötzlich stand alles still. Wenn ich gemein sein wollte, würde ich sagen: Es gab überhaupt keinen Frühling, das war der Anfang eines Albtraums. Ich will aber nicht zu pessimistisch klingen. Sagen wir: Es ist ein Frühling ohne Blüten.

Sie klingen ernüchtert?
Ich war hoffnungsfroh – wie die meisten Menschen im Westen. Auch ich habe die Aufstände in den arabischen Ländern mit den grossen historischen Umbrüchen von 1848 und 1989 verglichen. Inzwischen betrachte ich den Wandel weniger blauäugig.

Sie glauben nicht an einen gemässigten politischen Islam?
Ich behaupte nicht, dass gemässigte Islamisten nicht existieren. Die grosse Mehrheit will vermutlich einfach ein ganz normales Leben führen. Aber die moderaten lassen sich von einigen wenigen radikalen Stimmen einschüchtern und übertönen. Nehmen wir zum Beispiel Ägypten. Eineinhalb Jahre nachdem die liberalen Revolutionäre Mubarak verjagt haben, stehen sich in der Stichwahl um die Präsidentschaft ein Muslimbruder und der letzte Regierungschef von Mubarak gegenüber. Wo sind die Liberalen und die moderaten Islamisten, die Mubarak gestürzt haben?

Habib Malik
Der 58-jährige Libanese lehrt Geschichte an der Lebanese American University. Sein Spezialgebiet sind die Minderheiten im Nahen Osten. Er lebt in Beirut.

Zusammengezählt war die Hälfte der Wähler für einen gemässigten oder einen liberalen Kandidaten.
Demokratie ist nicht nur ein Mensch, eine Stimme. Zur Demokratie gehören Minderheitenrechte, Rechtsstaat, Pluralismus, Partizipation. Diktatoren lassen sich in wenigen Tagen stürzen. Doch der Aufbau einer Demokratie ist ein Generationenprojekt und dauert Jahrzehnte.

Sie halten das Risiko des Scheiterns für zu hoch?
Es ist nicht falsch, den Wandel zu unterstützen. Aber wir sollten sehr genau hinschauen. In Tunesien wurde ein Liberaler zum Präsidenten gewählt, doch die Herausforderung durch die Islamisten ist nicht verschwunden, sondern gewachsen. In Libyen verkündete der Interimspräsident kurz nach Ghadhafis Tod, man werde die Scharia einführen und die Vielweiberei erlauben. Es war fast schon ein islamistischer freudscher Versprecher. Wenn wir alles zusammen betrachten, sehen wir keine sehr schöne neue Umgebung. All das spielt jetzt einem zynischen, blutigen, ruchlosen Despoten wie Assad in die Hände.

Anhaltende Kämpfe Armee belagert und erobert Haffe

Bei neuen Kämpfen in Syrien sind nach Angaben der Opposition gestern mindestens zwölf Menschen getötet worden, darunter zehn Zivilisten. Regierungstruppen hätten am Donnerstag erneut schwere Waffen eingesetzt, teilte das syrische Beobachtungszentrum für Menschenrechte weiter mit.

Nach der Einnahme von Haffe durch die syrische Armee haben UNO-Beobachter in der fast menschenleeren Stadt ausgebrannte Ruinen und Trümmer vorgefunden. Ein Reuters-Reporter im UNO-Konvoi berichtete am Donnerstag von Zeichen eines schweren Beschusses, von zerstörten Regierungsgebäuden und von Leichen, die in den Strassen lägen.

Die syrische Armee hatte Haffe mehrere Tage belagert, bis die Aufständischen sich zurückzogen. In der Stadt stieg Rauch von zerstörten Gebäuden und ausgebrannten Autos auf. Die Büros der regierenden Baath-Partei, das Postamt der Stadt und ein Gebäude des Landwirtschaftsministeriums waren niedergebrannt worden. Etwa 26 000 Menschen sind angeblich geflohen.

Der Syrienkonflikt wird immer mehr zum Zankapfel zwischen den USA und Russland. Für Zündstoff sorgen vor allem russische Waffengeschäfte mit der Regierung in Damaskus. Der syrische Botschafter in Moskau hat allerdings Vorwürfen widersprochen, Russland beliefere sein Land mit Kampfhelikoptern. «Russland liefert keinerlei Helikopter an Syrien», sagte er am Donnerstag.

Im UNO-Sicherheitsrat wies derweil China einen französischen Vorschlag zurück, den Friedensplan des internationalen Gesandten Kofi Annan mit allen Mitteln der UNO durchzusetzen. *(Agenturen)*

Radikal und ultrafromm

Im Nahen Osten gefährden Salafisten das zerbrechliche politische Gleichgewicht nach den Umstürzen.

Von Sonja Zekri, Kairo
Die Liberalen hätten Ägyptens Salafisten natürlich am liebsten so wie Ali Wanees. Der zog als Abgeordneter vor ein paar Monaten ins Parlament, geriet aber jüngst aus ganz anderen Gründen in die Schlagzeilen. Die Polizei griff ihn auf der Strasse von Kairo nach Alexandria auf, wo er mit einer jungen Frau, so der Vorwurf, «einen unanständigen Akt auf einer öffentlichen Strasse» vollzogen haben soll. Wanees bestritt, nannte das Mädchen seine Nichte und die Vorwürfe Verleumdung. Aber die frohlockenden Säkularen erinnerten an einen ähnlichen Fall, in dem ein Salafist einen Wundverband mit einem Überfall erklärt hatte, obwohl er sich in Wahrheit die Nase hatte richten lassen.

Aber das sind Nebenschauplätze: Tatsache ist, dass die Salafisten in den Ländern des Nahen Ostens das zerbrechliche politische Gleichgewicht gefährden. Der Sturz der Diktatoren in Ägypten, Tunesien und Libyen hat die beinharten Islamisten nach Jahrzehnten des politischen Desinteresses auf die öffentliche Bühne gespült. In Ägypten stellten sie bis gestern (vgl. Artikel Seite 9) die zweitgrösste Fraktion im Parlament – obwohl sie Demokratie als Anmassung der göttlichen Ordnung eigentlich ablehnen. In Libyen haben die Ultrakonservativen britische Kriegsgräber, Sufi-Schreine und die römischen Statuen von Sabratha beschädigt und werden sich um den Einzug in die verfassungsgebende Versammlung Anfang Juli bemühen.

Gelder aus den Golfstaaten

In Tunesien sitzen die Salafisten zwar nicht im Parlament, dafür terrorisieren sie Künstler, Studenten und Geschäfte, in denen Alkohol verkauft wird. Nachdem Salafisten am Wochenende eine Kunstausstellung in Tunis überfielen und einige Werke zerstörten, die sie für Verstösse gegen «heilige Werte» hielten – wie etwa den Namen Gottes aus toten Fliegen geformt –, lieferten sie sich tagelange Strassenschlachten mit der Polizei. Ein junger Mann starb, über 100 wurden verletzt, 162 verhaftet. Sie treiben die moderat islamistische Regierung der Ennahda-Partei vor sich her und profitieren davon, dass Tunesiens säkulare, liberale Politik nach dem Sturz von Präsident Zine al-Abidine Ben Ali in den Armenvierteln als Privileg der Begüterten gilt, ja als koloniales Überbleibsel.

Die Salafisten, die «Vorfahren», die ihre Lehre aus der direkten Gefolgschaft Mohammeds ableiten und lange Bärte sowie lange Gewänder, aber knöchelfreie Hosen tragen, sind meist Autodidakten. Finanziert werden ihre Spitäler und der Wahlkampf – etwa für einen später ausgeschiedenen Kandidaten in Ägypten – von den reichen radikalen Islamisten am Golf. Gastarbeiter in Saudiarabien haben den ultrakonservativen wahhabitischen Islam nach Ägypten gebracht. Nun verfolgen sie einfache Lösungen für komplexe Probleme in den Wirren des Übergangs: kein Alkohol, Geschlechtertrennung und natürlich die Scharia, das religiöse Gesetz des Islam.

Mubaraks Saat

Im Kairoer Armenviertel Imbaba, wo sich kaum einer der Salon-Liberalen je blicken lässt, verkauft einer ihrer Anhänger Hemden. Als sein Sohn todkrank war, haben Salafisten seine Behandlung bezahlt, ein Anruf genügte. Nun wünscht sich der Mann die wörtliche Anwendung der Scharia. «Das ist wie in der Liebe. Da gibt es auch keine halben Sachen.»

Die Saat für den Aufstieg der Salafisten wurde in den arabischen Diktaturen gelegt. Ägyptens langjähriger Präsident Hosni Mubarak etwa nutzte die unpolitischen Ultrafrommen im Kampf gegen die machthungrigen Muslimbrüder. Aber auf der politischen Bühne fremdeln die Salafisten noch immer. In Ägypten sollen einige inzwischen sogar die Politik verlassen haben und in die Moscheen zurückgekehrt sein.